

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 57 (1965)

Heft: 7-8

Artikel: Der IBFG : Rückblick und Ausblick

Autor: Meany, George

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354186>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der IBFG: Rückblick und Ausblick

Vor ein paar Monaten hat eine Verlautbarung des Präsidenten der amerikanischen AFL-CIO, die sich mit dem IBFG befaßte, Sensation gemacht. Inzwischen scheinen die Geister sich wieder beruhigt zu haben, wie aus dem nachfolgenden Artikel George Meanys hervorgeht, den wir der AFL-CIO-Publikation «Freigewerkschaftliche Nachrichten» entnehmen. Selbstverständlich identifizieren wir uns damit nicht mit allen Ansichten des Verfassers.

Als der IBFG 1949, vor mehr als 15 Jahren, gegründet wurde, sah sich die internationale freie Gewerkschaftsbewegung vor zwei Hauptaufgaben gestellt. Es war eine dringende Notwendigkeit, die entschiedenen Bemühungen des von Moskau beherrschten Weltgewerkschaftsbundes, die freie Gewerkschaftsbewegung in der ganzen Welt zu unterminieren, zu vereiteln. Gleichzeitig hatten wir die Verpflichtung, echte Gewerkschaften in den Kolonialländern aufzubauen und ihren aufstrebenden Völkern zu helfen, die nationale Unabhängigkeit zu gewinnen und wirtschaftliche und soziale Fortschritte zu machen.

Der IBFG wurde während einer Periode des verschärften kalten Krieges geschaffen, in der sich die folgenden ernstesten Ereignisse abspielten: der Prager Putsch, durch den Stalin die Satellisierung Osteuropas vollendete; die Berliner Blockade; die kommunistische Sabotagekampagne gegen die Durchführung des Marshall-Plans; der Krieg in Korea, der wenige Monate nach unserem Gründungskongreß ausbrach. Während dieser Zeit beobachteten wir jedoch ebenfalls die ersten Gegenaktionen und Triumphe der freien Welt: Erfolg der Truman-Doktrin in Griechenland und der Türkei; europäischer Wiederaufbau; Entwicklung Deutschlands und Japans zu Demokratien; Schaffung der Nato.

Die freien Gewerkschaften spielten eine große Rolle bei dieser Gegenoffensive der freien Welt. Die Gründung des IBFG war schon an sich ein mächtiger Schlag gegen den Kommunismus und für die Freiheit. Die Geburt des IBFG demonstrierte den Niedergang des WGB und eine klare Trennung zwischen den freien Gewerkschaften und den Staatsgewerkschaften hinter dem Eisernen Vorhang. In Frankreich und Italien verließen die demokratischen Gewerkschafter die kommunistisch beherrschten Gewerkschaftsbünde und bildeten ihre eigenen Organisationen. In Deutschland und Japan entstanden starke freie Gewerkschaften.

Dank dem schnellen Wiederaufstieg Europas gewannen die dem IBFG angeschlossenen Organisationen bedeutende Errungenschaften für ihre Mitglieder. Der Lebensstandard der Arbeiter verbesserte sich in beispielloser Weise. Es herrschte Vollbeschäftigung, die Löhne stiegen, die Arbeitszeit wurde verkürzt, die Sozialversicherung aus-

gebaut, der Urlaub ausgedehnt, und andere Fortschritte wurden erreicht. Die Wirtschaftsdemokratie dehnte sich aus, und die Stimme der Gewerkschaften wurde in den staatlichen Körperschaften mehr und mehr beachtet. Die freien Gewerkschaften befanden sich in den Frontreihen der Vorkämpfer für europäische Integration.

Die Kommunisten hatten die Schlacht um Westeuropa verloren. Ihre Niederlage war weitgehend der von der freien Gewerkschaftsbewegung gespielten entscheidenden Rolle zu verdanken. Ihre kompromißlose, energische Opposition gegen den Kommunismus war konstruktiv und ausschlaggebend. Die Erfolge der freien Gewerkschaftsbewegung waren ebenfalls eine Quelle der Hoffnung und Ermutigung für die versklavten Völker der Satellitenländer.

Die Solidarität der freien Arbeiterschaft der Welt mit den unterdrückten Völkern äußerte sich in mannigfacher Weise. Der IBFG weigerte sich, irgendwelche Beziehungen zu den sogenannten Gewerkschaften hinter dem Eisernen Vorhang zu unterhalten. Er forderte unaufhörlich freie Wahlen in den Satellitenländern und deutsche Wiedervereinigung in Freiheit. Durch seine Kampagne gegen die Zwangsarbeit, die von der AFL eingeleitet worden war, wurde der IBFG zur treibenden Kraft bei der Annahme der Konvention gegen die Zwangsarbeit durch die Internationale Arbeitsorganisation. Diese Aktion war einer der Faktoren, die den Kreml zwangen, das stalinistische System der Sklavenarbeit auf Massenbasis aufzugeben.

Der IBFG gab den Gewerkschaften in den Ländern, die gegen den Kolonialismus kämpften, volle moralische Unterstützung und finanzielle Hilfe. Er verschaffte ihnen ein internationales Forum für die Propagierung ihrer Forderungen. Er vertrat ihre Sache in den Vereinten Nationen, der Internationalen Arbeitsorganisation und anderen zwischenstaatlichen Gremien. Ungeachtet der Verleumdungen der Kommunisten hat der IBFG die Bestrebungen der Kolonialvölker konsequent verteidigt und gefördert. Die antikolonialistische Tätigkeit des IBFG steht in scharfem Gegensatz zum Verhalten der kommunistischen Gewerkschaften, die in der Kolonialfrage wie in allen anderen Fragen der außenpolitischen Linie Moskaus blindlings folgten. Dies bewies vor allem die zweideutige Haltung des WGB und der französischen kommunistischen CGT zum algerischen Unabhängigkeitskrieg. Der IBFG hat allen Grund, auf seine vielen erfolgreichen Bemühungen zugunsten der Völker und Gewerkschaften der einst abhängigen Länder stolz zu sein.

Bei einer Betrachtung des IBFG können wir uns jedoch nicht auf eine Diskussion der Vergangenheit beschränken. Es ist noch wichtiger, sich mit der Gegenwart zu beschäftigen und Pläne für die Zukunft zu machen. Was sind die gegenwärtigen Aufgaben des IBFG? Welche Herausforderungen enthält die Zukunft für die freie Weltgewerkschaftsbewegung?

Die Wandlungen, die in den letzten 15 Jahren in der internationalen Situation stattgefunden haben, erfordern nicht, daß der IBFG seine Grundziele ändert. Die veränderte internationale Lage bedeutet jedoch neue Verpflichtungen für den IBFG. Diese Verpflichtungen verlangen von uns ein neues Verhalten und neue Methoden.

Auf seinem Gründungskongreß gab der IBFG seinen Hauptzielen in drei Forderungen Ausdruck: Brot, Freiheit, Frieden. In den inzwischen verflossenen Jahren haben diese Ziele und Losungen weder an Bedeutung noch an Dringlichkeit verloren. In vielen Teilen der Welt leben ganze Bevölkerungen noch immer am Rande des Hungertodes. Die Arbeiter erhalten nirgendwo einen angemessenen Anteil an dem von ihnen erzeugten Reichtum. Totalitäre Regime verweigern ihren Völkern weiterhin die Grundrechte. In Osteuropa und in Asien schmachten eine Reihe von Nationen immer noch unter dem Joch der kommunistischen Herrschaft und Unterdrückung. Das Uebel des Kolonialismus ist noch nicht völlig ausgerottet worden. Die gefährliche Lage, die durch Hanois Aggression gegen Südvietnam mit der uneingeschränkten Unterstützung aller kommunistischen Mächte geschaffen worden ist, ist ein schmerzlicher Beweis dafür, wie unsicher der Weltfrieden heute ist.

Im Rahmen seiner allgemeinen Ziele sieht sich der IBFG im Jahre 1965, wie das auch 1949 der Fall war, vor gewisse besondere Aufgaben gestellt. Heute ist – wie damals – eine der Hauptaufgaben des IBFG, den Kommunismus zu bekämpfen. Diese Aufgabe erfordert unsere ganze Aufmerksamkeit, weil es dabei um die Existenz einer freien Gewerkschaftsbewegung in der Welt geht. Wenn der Kommunismus triumphierte, würde es keine freie Arbeiterschaft mehr geben.

Es könnte das Argument angeführt werden, daß im Vergleich zu 1949 die Bedrohung, die der Kommunismus für den IBFG darstellt, nachgelassen und infolgedessen der Kampf gegen die Kommunisten an Dringlichkeit und Bedeutung verloren habe. Es stimmt, daß in den ersten Jahren nach der Gründung des IBFG die Auseinandersetzungen mit den Kommunisten offener, direkter und gelegentlich gewaltsamer waren. Aber die grundlegenden Verhältnisse haben sich nicht geändert: die Kommunisten sind weiterhin entschlossen, sich der freien Gewerkschaftsbewegung zu bemächtigen und sie in ihr Werkzeug zu verwandeln. Was sich geändert hat, ist die Taktik, die sie zur Erreichung ihres Zieles anwenden.

In der Aera verstärkter «friedlicher Koexistenz» sind die Kommunisten vorsichtiger mit Verleumdungen und Zusammenstößen; sie ziehen Appelle an die «internationale gewerkschaftliche Solidarität» und zur «Aktionseinheit» vor. Sie erstreben Kontakte, Gespräche, Treffen und Austauschbesuche mit freien Gewerkschaften. Sie versuchen, «gemeinsame» Konferenzen und Kampagnen für ihre politischen Ziele zu organisieren.

Die besonderen Bemühungen, die vom WGB gemacht worden sind, um in die internationalen Berufssekretariate des IBFG einzudringen, sind nicht gänzlich erfolglos geblieben. So ist z. B. der Internationale Bergarbeiterverband veranlaßt worden, mit der sog. Bergarbeiterinternationale des WGB zusammenzuarbeiten. Die Internationale Graphische Föderation hat beschlossen, ihrem nächsten Kongreß zu empfehlen, den Aufnahmeantrag der von der kommunistischen CGT beherrschten französischen Druckergewerkschaft zu akzeptieren. Derartige Handlungen schaden der ganzen freien Gewerkschaftsbewegung und können vom IBFG nicht geduldet werden. Sie stellen eine schwere Verletzung des Beschlusses des IBFG-Vorstandes vom Dezember 1964 dar, in dem es heißt, daß «es die Politik des IBFG ist, die Zusammenarbeit mit allen Berufssekretariaten zu verweigern, die eine Organisation aufnehmen, welche direkt oder indirekt dem WGB angeschlossen ist.»

Die Kommunisten versuchen, aus der «internationalen Entspannung» Vorteile zu ziehen und sich ihrer zu bedienen, um leichter in die Reihen der freien Weltgewerkschaftsbewegung einzudringen. Sie möchten, daß wir glauben, der Entstalinisierungsprozeß sei auf die «Gewerkschaften» ausgedehnt worden, diese seien «liberalisiert» worden und infolgedessen zu würdigen «sozialistischen» Partnern der demokratischen Gewerkschaftsorganisationen der freien Welt geworden. In Wirklichkeit ist nichts Derartiges geschehen.

Das Wesen der kommunistischen «Gewerkschaften» hat sich nicht geändert. Sie sind immer noch die «Arbeitsfront» der kommunistischen Regime. Wie in der Vergangenheit, so sind die kommunistischen «Gewerkschaften» auch heute staatliche Organisationen für die Beherrschung, Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter. Ihre Mitglieder haben nichts zu sagen, was die Administration und Politik dieser «Gewerkschaften» betrifft.

Die freien Gewerkschaften können von den kommunistischen «Gewerkschaften» nichts lernen. Beziehungen zu ihnen sind für uns wertlos. IBFG-Kontakte mit ihnen können nur den Kommunisten nützen. Durch ihre heuchlerische Fraternalisierung mit den freien Gewerkschaften hoffen die kommunistischen Gewerkschaftsbonzen ihre Stellung zu festigen, ihr Prestige zu steigern, ihre Gewalt-herrschaft über die Arbeiter zu verschärfen und deren Vertrauen zu zerstören, daß die freie Gewerkschaftsbewegung ihre Bestrebungen unterstützt. Durch Kontakte und gemeinsame Aktionen mit echten Gewerkschaften suchen die Kommunisten die Wachsamkeit der Mitglieder der freien Gewerkschaftsbewegung einzuschläfern und in ihre Reihen einzudringen.

Diese kommunistischen Manöver können in allen freien Ländern beobachtet werden – in den industriell fortgeschrittenen Staaten wie in den Entwicklungsländern. Sie werden manchmal im Namen des

WGB durchgeführt, manchmal von der CGT oder der italienischen CGIL, manchmal von Titos Arbeitsfront und manchmal von Dutzenden von krypto-kommunistischen oder «neutralistischen» Organisationen mit den verschiedensten betrügerischen Namen und trügerischen Titeln.

Die Kommunisten sind besonders aktiv in den Entwicklungsländern, wo sie ihre totalitären Ideen über Aufbau, Tätigkeit und Politik der Gewerkschaften an den Mann zu bringen und die relative politische Unerfahrenheit der neuen Führer auszunutzen suchen. Die Kommunisten versuchen des weiteren, das Bedürfnis der neuen Gewerkschaften für materielle Hilfe, technische Unterstützung und Schulung auszubeuten für die Beeinflussung und Beherrschung dieser Organisationen. Offene und versteckte Anstrengungen der Kommunisten haben in dieser Beziehung in Afrika große Ausmaße angenommen. Leider haben sie damit einigen Erfolg gehabt.

Es kann auch nicht behauptet werden, daß ihre Manöver in den entwickelten Ländern völlige Mißerfolge gewesen seien. Trotz dem offiziellen IBFG-Verbot von Austauschbesuchen mit kommunistischen «Gewerkschaften» ist in den letzten Jahren die Tendenz zu beobachten, die entschiedene Opposition gegen Beziehungen zu kommunistischen Organisationen zu schwächen. Kommunistische Annäherungsversuche werden häufig nicht energisch genug zurückgewiesen.

Die Illusion, daß die gewerkschaftlichen Verhältnisse sich hinter dem Eisernen Vorhang, besonders in den osteuropäischen Ländern, verbessert hätten, ist gestiegen. Es gibt allerlei Wunschphantasien über die Möglichkeit, die «Demokratisierung» dieser kommunistisch beherrschten Organisationen fördern zu können.

Unter diesen Umständen ist es unerlässlich, daß der IBFG dem kommunistischen Problem in seiner heutigen Gestalt mehr Aufmerksamkeit widmet. Die Entwicklungen in den kommunistischen Ländern sollten ständig verfolgt werden. Derartige Studien sollten sich nicht nur mit Gewerkschaftsfragen, sondern auch mit ökonomischen Angelegenheiten, auswärtiger Politik, Beziehungen innerhalb des kommunistischen Blocks, dem sowjetisch-chinesischen Konflikt usw. beschäftigen. Alle diese Aspekte sind von großer Bedeutung für die freie Gewerkschaftsbewegung.

Die Ergebnisse derartiger Untersuchungen sollten allen Mitgliedsorganisationen des IBFG zugänglich gemacht und durch die Presse, den Rundfunk sowie IBFG-Veröffentlichungen publik gemacht werden. Das Studium kommunistischer Propaganda und Infiltrationstaktik sollte ein Bestandteil aller Schulungskurse des IBFG sein. Die antikommunistische Kampagne sollte auf allen Tätigkeitsgebieten verstärkt werden.

Der Aufklärung der Völker, Führer und Gewerkschaften der Entwicklungsländer über das Wesen und die Ziele des Kommunis-

mus und die Gefahr, die er für ihre neugewonnene Freiheit und die menschliche Würde des einzelnen darstellt, muß besondere Beachtung geschenkt werden. Es sollte vor allem betont werden, daß die kommunistische Arbeitspolitik die Arbeiterrechte zerstört und den wirtschaftlichen Fortschritt und die Produktivität gefährdet. Angesichts der Bedeutung dieser Aufgabe mag es ratsam sein, eine neue IBFG-Abteilung für den Kampf gegen den Kommunismus zu errichten.

Wie im Jahre 1949, so ist auch heute die zweite Hauptaufgabe des IBFG die Hilfe für die Gewerkschaften der Entwicklungsländer. Obwohl diese Aufgabe in ihrem allgemeinen Kontext dieselbe geblieben ist, haben sich ihre spezifischen Aspekte im Verlauf des letzten Jahrzehnts, vor allem während der letzten Jahre, verändert.

Der vom IBFG unterstützte Kampf für die nationale Unabhängigkeit ist in den meisten Fällen gewonnen. Einige Ueberreste des Kolonialismus alten Stils existieren noch in den portugiesischen Gebieten und in Südrhodesien. Der IBFG wird zweifellos auch weiterhin für ihre Beseitigung wie für die Beendigung der schändlichen Apartheid-Politik in Südafrika kämpfen. Aber im ganzen genommen hat sich das Bild geändert. Neue Probleme sind aufgetaucht. Dies trifft besonders für den afrikanischen Kontinent zu. Es geht hier nicht länger um die Gewinnung der Unabhängigkeit, sondern um den nationalen Aufstieg – die Entwicklung einer blühenden Wirtschaft und starken Demokratie.

Die Gewerkschaften, die eine entscheidende Rolle im nationalen Befreiungskampf gespielt haben, können heute noch wichtigere Beiträge zur Wohlfahrt der neuen Nationen leisten. Die freien Gewerkschaften sind unerläßliche Instrumente für die Schaffung einer stabilen, geschulten, verantwortungsbewußten Arbeiterschaft, ohne die die afrikanischen Hoffnungen auf schnellen wirtschaftlichen Fortschritt sich nicht verwirklichen lassen.

Die afrikanischen Gewerkschaften haben zudem begonnen, produktive Unternehmen ins Leben zu rufen. Indem sie ihre Fonds in Erzeuger-, Verbraucher- und Baugenossenschaften anlegen und Kreditanstalten und Bausparkassen gründen, leisten die Gewerkschaften bedeutsame Beiträge zum Aufbau der Wirtschaft ihres Landes. Durch Berufsschulung, Erwachsenenbildung und die Ausbildung von Führungskräften sowie durch soziale Dienstleistungen helfen sie der ganzen Bevölkerung und nicht nur ihren eigenen Mitgliedern.

In der relativ kurzen Zeit seit Gewinnung der Unabhängigkeit haben die afrikanischen Gewerkschaften große Fortschritte in bezug auf politische Reife, soziales Verantwortungsbewußtsein und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gemacht. Nichtsdestoweniger haben einige afrikanische Regierungen totalitäre Methoden gegenüber den Gewerkschaften angewandt. Sie haben es in dem irrtümlichen

Glauben getan, daß sie durch die Verwandlung der Gewerkschaften in bloße Werkzeuge der Regierung das wirtschaftliche Wachstum beschleunigen könnten.

Eng verbunden mit der antigewerkschaftlichen Haltung gewisser afrikanischer Regierungen ist die Frage der Mitgliedschaft der Gewerkschaften ihres Landes im IBFG. Im Namen einer fiktiven Blockfreiheit haben sie ihre Gewerkschaften zum Austritt aus der freien Weltorganisation gezwungen. Infolge dieser Entwicklung ist die Arbeit des IBFG in Afrika schwieriger geworden. Die Frage ist, was in dieser neuen Situation getan werden soll.

Unserer Meinung nach würde es ein Irrtum sein, wenn der IBFG sich mit der Aussicht abfände, mit der Zeit aus Afrika hinausgedrängt zu werden. Der IBFG sollte im Gegenteil für das Recht kämpfen, auf dem afrikanischen Kontinent präsent zu bleiben. Er sollte seine Bemühungen verdoppeln, um die afrikanischen Regierungen davon zu überzeugen, daß er der afrikanischen Arbeiterschaft und dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in Afrika wertvolle Hilfe leisten kann. «Die asiatischen Länder sind nicht der Ansicht», heißt es in einer Entschließung des Exekutivrats der AFL-CIO vom vergangenen März, «daß die IBFG-Mitgliedschaft ihrer Gewerkschaften unvereinbar mit ihrer ‚blockfreien‘ Politik wäre. Warum sollten dann afrikanische Regierungen, die sich zur ‚Blockfreiheit‘ bekennen, die IBFG-Mitgliedschaft ihrer Gewerkschaften als unvereinbar mit dieser Politik betrachten? Es ist sicher bezeichnend, daß die Gewerkschaften der meisten blockfreien Länder Mitglieder des IBFG sind.»

Wie wir bereits erwähnt haben, reichen die Aufgaben der Gewerkschaften in den Entwicklungsländern über den traditionellen Rahmen gewerkschaftlicher Tätigkeit in den Industriestaaten hinaus. Während Organisation, Schulung und Tarifverhandlungen weiterhin den Hauptgrund für das Bestehen und die Hauptbeschäftigung der Gewerkschaften in den neuen unabhängigen Ländern bilden werden, werden diese Organisationen größere Verpflichtungen übernehmen, um ebenfalls der ganzen Bevölkerung zu dienen.

Der IBFG muß heute den Kreis seiner Hilfstätigkeit stark ausdehnen. Seine Unterstützung muß die Förderung von Genossenschaften, Wohnungsbau, Gesundheitswesen, Erwachsenenbildung und ähnliche Gemeinschaftsprojekte einschließen. Die Gewerkschaften der Entwicklungsländer haben auf all diesen Gebieten riesige Bedürfnisse. Um sie zu erfüllen, wird es notwendig sein, alle verfügbaren Quellen zu mobilisieren – auf internationaler wie nationaler Ebene, durch den IBFG und durch dessen Mitgliedsorganisationen. Genauso wie es nicht möglich ist, die allgemeine Hilfe für die Entwicklungsländer einzig und allein durch die Vereinten Nationen zu leisten, so ist es ebenfalls nicht angängig, ihren Gewerk-

schaften nur durch den IBFG zu helfen. Die einzelnen Landeszentralen müssen auch direkt herangezogen werden.

Wir sind der Ansicht, daß die Kritik, die an derartiger bilateraler Tätigkeit in den Entwicklungsländern geübt worden ist, nicht berechtigt ist. Solange derartige Aktionen die freie Gewerkschaftsbewegung fördern und im Einklang mit den Prinzipien und der Politik des IBFG durchgeführt werden, konkurrieren sie nicht mit der Arbeit der Weltorganisation, und sie ersetzen sie auch nicht; sie ergänzen und vervollständigen sie vielmehr. Es besteht kein Grund, warum die Erfahrungen, das Personal, die Mittel und Einrichtungen der Gewerkschaften der einzelnen Industriestaaten nicht den Gewerkschaften der Entwicklungsländer verfügbar gemacht werden sollten. Außerdem vermögen die ersteren die finanzielle Unterstützung öffentlicher Stellen in ihrem Lande für Unternehmen in den Entwicklungsländern zu gewinnen, die sonst nicht gewährt würde.

Daß ein derartiges Vorgehen vernünftig und vorteilhaft ist, wird durch das Verhältnis der AFL-CIO zur Interamerikanischen Regionalorganisation (ORIT) bewiesen. Durch das Amerikanische Institut für Freigewerkschaftliche Entwicklung, das die AFL-CIO gegründet hat, ist es möglich gewesen, gewerkschaftliche und öffentliche Fonds für Projekte und Schulungsprogramme in Lateinamerika zu erhalten. Der Generalsekretär des IBFG, Omer Becu, erkannte dies in seiner Ansprache auf dem 6. ORIT-Kongreß im vergangenen Februar an, als er erklärte: «Vieles davon konnte nur auf bilateraler Basis getan werden.»

Um ihre Unterstützung für die freien afrikanischen Gewerkschaften auszuweiten, hat die AFL-CIO vor kurzem das Afrikanisch-Amerikanische Gewerkschaftszentrum geschaffen. Die Tätigkeit dieser Institution konzentriert sich auf die Durchführung von Projekten für Berufsschulung, Arbeiterbildung, Wohnungsbau, Genossenschaften und Kliniken. Diese Hilfe wird nicht auf Kosten der IBFG-Arbeit in Afrika geleistet.

Viele Gewerkschaftsbünde und Einzelgewerkschaften der Industriestaaten sowie regionale Körperschaften führen gegenwärtig – aus den bereits erwähnten Gründen – eine selbständige Tätigkeit in den Entwicklungsländern durch. Der IBFG sollte eine derartige Tätigkeit weder übelnehmen noch bekämpfen. Statt dessen sollte er die koordinierende Kraft für diese verschiedenen Organisationen werden. Er sollte als eine Clearingstelle wirken, um eine Duplikation und Ueberschneidung zu verhindern, Ordnung, Zweckdienlichkeit und Zielstrebigkeit in diese mannigfachen Bemühungen zu bringen und den wirksamsten Gebrauch dieser Hilfsmittel und Möglichkeiten sicherzustellen.

Auf dem ganzen ökonomischen und sozialen Gebiet, und besonders was die Entwicklungshilfe betrifft, spielen zwischenstaatliche Orga-

nisationen eine immer größere Rolle. Aus dieser Erkenntnis heraus hat der IBFG sein Newyorker Büro bei den Vereinten Nationen ausgebaut. Um jedoch eine ständige und stärkere Präsenz in den UN-Gremien zu ermöglichen, sollte der IBFG seine Betätigung und Vertretung in diesen Körperschaften ausweiten. Diese ganze Arbeit sollte in einer besonderen Abteilung in Brüssel konzentriert werden.

In allen dafür in Frage kommenden internationalen Organisationen sollte der IBFG jede Gelegenheit benutzen, nicht nur die freie Arbeiterschaft der Welt zu vertreten, sondern auch für die Interessen der unterdrückten Völker in den totalitären Ländern einzutreten. Wir dürfen niemals vergessen, daß die Bevölkerung dieser Länder keine frei gewählten Vertreter hat, welche ihre Beschwerden vorbringen und Abhilfe suchen könnten. Dies gilt vor allem für den Wirtschafts- und Sozialrat, die Internationale Arbeitsorganisation und die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen.

Schließlich gibt es die Aufgaben, die den Gewerkschaften der Industrieländer gestellt sind. Ueber ihre großartigen Erfolge in der Nachkriegszeit dürfen wir nicht vergessen, daß diese Gewerkschaften sich noch immer ernststen Problemen gegenüberstehen. Wir brauchen nur auf die Aufgabe hinzuweisen, die Angestellten zu organisieren und die Folgen der Automation zu meistern. Studien und Empfehlungen des IBFG könnten zur Lösung dieser komplizierten, schwierigen Fragen beitragen. IBFG-Analysen und -bewertungen der jüngsten Entwicklungen im Tarifwesen, wie z. B. Sozialleistungen und Gewinnbeteiligung, sowie neuer Trends in der Sozialversicherung und der Arbeitsgesetzgebung könnten desgleichen sehr nützlich für seine Mitgliedsorganisationen sein.

Die Einheit der freien Gewerkschaften ist in verschiedenen Ländern wie auf internationaler Ebene ein ungelöstes Problem geblieben. Neue Anstrengungen sollten gemacht werden, um die Hindernisse, die einer solchen Einheit infolge organisatorischer Rivalitäten oder weltanschaulicher Differenzen im Wege stehen, zu überwinden. Wo keine sofortige Vereinigung möglich ist, sollte eine breitere Zusammenarbeit im nationalen und internationalen Rahmen angestrebt werden.

Ein militanter, leistungsfähiger IBFG ist heute ebenso notwendig wie im Jahre 1949. Die Ideale, Prinzipien und Ziele des IBFG sind heute genau so gültig wie vor 15 Jahren. Es stimmt, daß in den letzten eineinhalb Jahrzehnten die Weltlage verwickelter geworden ist und die Pflichten der internationalen Gewerkschaftsbewegung beträchtlich gewachsen sind. Mit Energie, Vorstellungskraft und Hingabe kann der IBFG jedoch die ihm gestellten neuen Aufgaben erfüllen und neue historische Beiträge zum Fortschritt der freien Gewerkschaftsbewegung, der menschlichen Wohlfahrt und der Freiheit überall leisten.

George Meany, Präsident AFL-CIO.